

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Personal, Recht und Ordnung
am Dienstag, **17.01.2012**, 17:30 Uhr - 19:18 Uhr,
Konferenzzimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Magnus Adams , Olaf Dreßen , Jürgen Ohm , Werner Quante , Florian Steinforth , Simone Wendland

von der SPD-Fraktion

Felix Echelmeyer , Elke Leiendecker , Thomas Marquardt , Kurt Pölling

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Gerhard Joksch , Heribert Klas (bis 19.00 Uhr - TOP 5), Dr. Rita Stein-Redent

von der FDP-Fraktion

Jens-Ulrich Lenski

von der Fraktion DIE LINKE.

Ahmet Yesilyaprak

von der Verwaltung

Martina Arndts-Haupt , Georg Heggemann , Dr. Wolf Heinrichs , Horst-Werner Koch , Jochen Lüken , Norbert Vechtel , Marlies Voss

für die Schriftführung

Andrea Gottlob

Es fehlten:

Georg Berding , Fritz Pfau , Lars Wieneke

Gäste:

Ratsherr Hubert (SPD-Fraktion); Herr Dange (WM-TV)

Tagesordnung

- | | | |
|---------------------------|----|---|
| | 1. | Eingänge und Mitteilungen |
| <u>V/0891/2011</u>
IV | 2. | Geschwister-Scholl-Gymnasium;
hier: Aufbauende Umwandlung der Schule in eine ge-
bundene Ganztagsschule ab dem Schuljahr
2012/2013 (01.08.2013) |
| <u>V/0942/2011</u>
III | 3. | Außengastronomie in der Innenstadt, Evaluation und
Neuorientierung |
| <u>V/0658/2011</u>
I | 4. | Änderung der Satzung der Stadt Münster über Son-
dernutzungen an öffentlichen Straßen |
| <u>V/0933/2011</u>
I | 5. | Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhal-
ten der Verkaufsstellen im Stadtgebiet Münster-Hiltrup,
Ortsteil Hiltrup, für das Kalenderjahr 2012 |
| | 6. | Bericht der Verwaltung zur Parkregelung Domplatz in
Zusammenhang mit den Vorschlägen zum Bürger-
haushalt gem. Vorlage V/0916/2011 |
| <u>V/0027/2012</u>
I | 7. | Aufhebung von Sperrvermerken |
| | 8. | Verschiedenes |

Frau Wendland begrüßte Herrn Dange vom WM-TV, der erklärte, er wolle einige Bild- und Tonaufnahmen in der Sitzung vornehmen. Frau Wendland fragte die Anwesenden, ob dagegen Bedenken bestünden. Das war nicht der Fall, alle Ausschussmitglieder erklärten sich einverstanden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte die SPD-Fraktion, die Vorlage zu TOP 3 in der heutigen Sitzung zwar zu beraten, jedoch keinen Beschluss dazu zu fassen, da in jedem Fall noch weiterer Beratungsbedarf bestünde. Ebenso wurde beantragt, die Vorlage zu TOP 4 in die nächste Beratungskette zu schieben und von der Tagesordnung abzusetzen. Die CDU-Fraktion unterstützte die Anträge.

Herr Klas beantragt, beide Vorlagen (TOP 3 und 4) in eine neue Beratungskette zu schieben.

Nach kurzer Diskussion ließ die Vorsitzende über den Antrag, die Vorlage zu TOP 3 in der heutigen Sitzung zu beraten, jedoch keinen Beschluss zu fassen, abstimmen. Der Antrag wurde mehrheitlich gegen die Stimme der FDP-Fraktion angenommen.

Der Antrag, die Vorlage zu TOP 4 von der Tagesordnung abzusetzen, wurde einvernehmlich angenommen.

Des Weiteren wurde beantragt, die Vorlage zu TOP 7 nicht zu beschließen, da auch hierzu noch Beratungsbedarf bestünde. Herr Dr. Heinrichs gab eine Stellungnahme zur Vorlage ab und erklärte, dass die Vorlage, die als Fachvorlage nur im APRO vorgelegt werde, zeitlich auch in der nächsten Sitzung noch beraten werden könne. Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss sodann einvernehmlich, die Vorlage zu TOP 7 von der Tagesordnung abzusetzen.

Punkt 1 der Tagesordnung**Eingänge und Mitteilungen**

Herr Vechtel berichtete entsprechend dem Auftrag aus der letzten Sitzung zum Antrag der CDU-Fraktion „die Stadt Münster möge dem Beispiel der Polizei folgen und die Standorte der Geschwindigkeitsmessgeräte in das Internet einstellen“ zum Stand des Verfahrens. Er wies darauf hin, dass die Umsetzung unter den Prämissen „keine zusätzlichen Kosten“ und „eine gemeinsame Veröffentlichung von Polizei und Stadt“ stattfinde. Die Abstimmungsgespräche mit der Polizei seien sehr gut gelaufen. Der gemeinsame Auftritt erfolge auf der Startseite des Polizeipräsidiums. Zu jedem der dort aufgeführten tagesaktuellen Messstellen gebe es eine kurze Begründung zur jeweiligen Notwendigkeit der Kontrolle. Herr Vechtel erklärte, die gemeinsame Plattform, die ab Montag, 23. Januar frei geschaltet werde, biete eine größtmögliche Transparenz. Er wies darauf hin, dass die Startseite der Polizei darüber hinaus Verlinkungen zum Ordnungsamt enthalte.

Frau Wendland dankte der Verwaltung im Namen der Ausschussmitglieder für die schnelle und gute Arbeit.

**Punkt 2 der Tagesordnung
V/0891/2011****Geschwister-Scholl-Gymnasium;
hier: Aufbauende Umwandlung der Schule in eine
gebundene Ganztagschule ab dem Schuljahr
2012/2013 (01.08.2013)**

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden **Beschlussvorschlages** zu empfehlen:

Sachentscheidung

1. Das Geschwister-Scholl-Gymnasium wird mit Beginn des Schuljahres 2012/13 (01.08.2012) beginnend mit der Jahrgangsstufe 5 aufbauend in eine gebundene Ganztagschule umgewandelt.
2. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass nach Zustimmung des Landes zur aufbauenden Umwandlung der Schule in eine gebundene Ganztagschule ab dem Haushaltsjahr 2013 folgende zusätzlichen Personal- und Sachressourcen benötigt werden, die sich wie folgt aufteilen:

<i>Haus- haltsjahr</i>	<i>Schulsekretär/-in</i>		<i>hausw. Gehilfe/-in</i>		<i>Sachkosten Verbrauchsma- terial</i>
	<i>Stunden pro Woche</i>	<i>zusätzliche Planstellen anteile</i>	<i>Stunden pro Woche</i>	<i>zusätzliche Planstellen anteile</i>	
2013	2,00 ^{*1}	0,05	13,56*	0,35	3.230 €
2014	3,00	0,03	21,38	0,20	5.110 €
2015	3,00	-	26,98	0,14	7.790 €
2016	5,00	0,05	34,79	0,20	10.070 €
2017	-----	----	40,40	0,14	12.350 €

* ab 01.01.2013, die weiteren Stunden werden jeweils ab dem 01.08. des jeweiligen Jahres bereitgestellt

3. Abhängig vom stufenweisen Ausbau des gebundenen Ganztags werden die zusätzlichen Planstellenanteile für das Schulsekretariat (EGr. 6) und den hauswirtschaftlichen Bereich (EGr. 4) in den jeweiligen Haushaltsjahren im Teilergebnisplan 0301, beginnend ab dem 01.01.2013, eingerichtet.

4. Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Mittagsverpflegung vorrangig die Vergabe an einen Caterer zu betreiben. Anstelle der o. g. Personalressourcen entstehen dafür folgende Sachaufwendungen:

Haushaltsjahr	Betrag
2013	13.050,00 €
2014	20.560,00 €
2015	25.960,00 €
2016	33.460,00 €
2017	38.720,00 €

Sofern die Vergabe an einen Caterer nicht oder nicht in vollem Umfang gelingt, erfolgt die Besetzung mit städtischen Mitarbeiterinnen.

5. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass der Raumbedarf für die Ganztagsbetreuung, insbesondere im Verpflegungsbereich, für die Aufbauphase im vorhandenen Raumbestand gemeinsam mit der Geschwister-Scholl-Realschule umgesetzt werden kann. Im Rahmen der weiteren schulischen Entwicklung im Stadtteil Kinderhaus wird die Verwaltung um Prüfung gebeten, inwieweit bei steigenden Schülerzahlen im Ganztags zusätzliche Flächen für diesen Zweck genutzt werden können.

Kosten/Folgekosten

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0301	Leistungen für Schulen			
Zeile	11	Personalaufwendungen	2013 2014 2015 2016 2017ff	2.240 2.710 3.360 4.290 5.600	Schulsekr. EGr. 6
Zeile	13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2013 2014 2015 2016 2017ff	16.280 25.670 33.750 43.530 51.070	Sachaufwendungen und Vergabe Mittagsverpflegung

Die ab dem Haushaltsjahr 2013 entstehenden Mehrbedarfe sind im Rahmen der zukünftigen Etatberatungen entsprechend zu berücksichtigen. Im Jahr 2012 entstehende Aufwendungen können aus bereits veranschlagten Mitteln bestritten werden.

Punkt 3 der Tagesordnung V/0942/2011

Außergastronomie in der Innenstadt, Evaluation und Neuorientierung

Die Verfasserin der Vorlage, Frau Voss, gab eine Einführung in das Thema und erläuterte ausführlich Ziele und Inhalte der Vorlage sowie den Abstimmungsweg mit dem DeHoGa. Sie stellte dabei insbesondere heraus, dass die Hauptkritik des DeHoGa sich nicht gegen einzelne Regelungen der Vorlage richte, sondern sich im Wesentlichen darauf beziehe, ab wann die Regelungen für bereits bestehende Betriebe gelten sollen. Frau Voss begründete eingehend die dem DeHoGa entgegen stehende Auffassung der Verwaltung.

Alle Fraktionen gaben zur Vorlage Stellungnahmen ab, verbunden mit vielschichtigen Fragen an die Verwaltung. Frau Voss beantwortete die Fragen ausführlich. Es ergab sich dabei eine intensive Diskussion, zu deren Abschluss Herr Dr. Heinrichs eine Einschätzung der Verwaltung abgab. Er begründete die Intention der vorgeschlagenen Regelungen u.a. auch mit der Bindewirkung für die Verwaltung für eine rechtssichere Ermessensausübung.

Frau Wendland dankte Frau Voss ausdrücklich für die umfangreichen und auch hilfreichen Erläuterungen für die nun folgenden Diskussionen. Die Ausschussmitglieder schlossen sich dem Dank an.

Bereits vor Eintritt in die Tagesordnung hatte der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung mehrheitlich - gegen die Stimme der FDP-Fraktion - beschlossen, die Vorlage ohne Beschlussfassung zu schieben.

Punkt 4 der Tagesordnung V/0658/2011	Änderung der Satzung der Stadt Münster über Sondernutzungen an öffentlichen Straßen
---	--

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung hatte bereits vor Eintritt in die Tagesordnung einvernehmlich beschlossen, die Vorlage von der Tagesordnung abzusetzen.

Punkt 5 der Tagesordnung V/0933/2011	Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten der Verkaufsstellen im Stadtgebiet Münster-Hiltrup, Ortsteil Hiltrup, für das Kalenderjahr 2012
---	--

Zunächst wurden einige Fragen zur Zulässigkeit und zur Auswahl der Termine für die verkaufsoffenen Sonntage gestellt. Herr Dr. Heinrichs beantwortete die Fragen und gab Hinweise zur Rechtssituation. Nach weiterer kurzer Diskussion sagte Herr Dr. Heinrichs zu, mit dem Einzelhandelsverband / der Kaufmannschaft ein Gespräch über die Rechtslage zu führen. Er werde den Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung darüber zeitnah unterrichten. Die Ausschussmitglieder erklärten sich damit einverstanden.

Sodann beschloss der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden **Beschlussvorschlages** zu empfehlen:

I. Sachentscheidung:

Die als **Anlage 1** beigefügte ordnungsbehördliche Verordnung wird beschlossen.

II. Kosten/Folgekosten

Es entstehen keine Kosten und keine Folgekosten.

Punkt 6 der Tagesordnung	Bericht der Verwaltung zur Parkregelung Domplatz in Zusammenhang mit den Vorschlägen zum Bürgerhaushalt gem. Vorlage V/0916/2011
---------------------------------	---

Herr Vechtel gab zu dem vorliegenden Bericht weiterführende Erläuterungen. Zum noch besseren Verständnis seiner Ausführungen wurde an die Anwesenden ein farbiger Stadtplan (*Anlage zur Niederschrift*) verteilt. Herr Vechtel stellte den aktuellen Stand dar. Er erläuterte, was die Verwaltung bisher getan habe und welche Veränderungen es gebe. So sei zum Beispiel die

Verkehrsüberwachung deutlich intensiviert worden. Dem entsprechend gäbe es kaum noch Falschparker auf der größten Fläche des Domplatzes (Bereich A und B). Seit Juli 2011 werde zudem die in dem Stadtplan mit C gekennzeichnete Fläche, westlich des Doms, überwacht. Hier habe es allen Belangen gerecht werdende, sehr konstruktive und einvernehmliche Absprachen mit der Domverwaltung gegeben. Mit den im Dezember 2011 installierten, mechanisch versenkbaren Pollern im Bereich des Michaelisplatzes könne man zudem mittwochs und samstags die spezifischen Anforderungen des Wochenmarktes erfüllen.

Insgesamt stellte Herr Vechtel fest, dass der Domplatz somit zukünftig als "autoarm" bezeichnet werden könne. Dies entspreche der aktuellen Verkehrsregelung und politischen Beschlusslage. Alle Prüfaufträge zum ‚status quo‘ seien damit abgearbeitet. Er kündigte für die 2. Jahreshälfte 2012 eine Verkehrsuntersuchung in Abstimmung mit dem Stadtplanungsamt an, in der insbesondere der weitergehende Prüfauftrag aus der Bezirksvertretung Münster-Mitte (A-M/0010/2011) bewertet werde. Gegebenenfalls komme es zu einer neuen Zufahrtsregelung für die Straße "Pferdegasse". Mit der Vorlage habe die Politik dann voraussichtlich im Herbst 2012 eine Grundlage, um über weitergehende Maßnahmen zu entscheiden.

Herr Vechtel beantwortete die Fragen aus dem Ausschuss. Frau Wendland dankte ihm für die umfangreichen Ausführungen.

Punkt 7 der Tagesordnung V/0027/2012

Aufhebung von Sperrvermerken

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung hatte bereits vor Eintritt in die Tagesordnung einvernehmlich beschlossen, die Vorlage von der Tagesordnung abzusetzen.

Punkt 8 der Tagesordnung

Verschiedenes

Frau Dr. Stein-Redent stellte eine Frage zur Jagdordnung. Sie sei informiert worden, dass in Gievenbeck Jäger mit Gewehren unterwegs gewesen sein sollen. Die Verwaltung sagte Prüfung und darüber hinaus allgemeine Information zu diesem Thema in der nächsten Sitzung zu.

Herr Dr. Heinrichs kam der Bitte des Ausschusses aus der letzten Sitzung nach und erklärte den Begriff „PMS – Pavement Management Systems“. Es handele sich hierbei um ein Datenbanksystem, welches die Zusammenführung und Verarbeitung aller für die laufende Straßenerhaltung erforderlichen Daten ermögliche.

Herr Vechtel beantwortete die Frage von Herrn Quante, wie verlässlich die Angaben zu den Geschwindigkeitsmessungen seien. Er nahm hierbei Bezug auf TOP 1.

Die nächste planmäßige Sitzung des APRO findet am 21.02.2012 statt. Es wurde die Frage aufgeworfen, ob diese Sitzung eventuell in der Ratskette 21.03.2012 zeitlich nach hinten verschoben werden könne. Die Verwaltung sagte zu, eine mögliche Terminänderung zu prüfen.

Simone Wendland
Vorsitz

Andrea Gottlob
Schriftführung